

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884

8.8.1884 (No. 58)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-994811](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-994811)

Oldenburger Landeszeitung.

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage.

Vierteljährlicher Abonnementspreis egerl. Bestellgeld 2 M., mit Bestellgeld 2,40 M.
Inseratenpreis für die 4 Spalt. Zeile 10 S., von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

Deutsch-freisinniges Organ für das Großherzogthum Oldenburg.

Redaction: Haarenstraße 55. Expedition: Mottenstraße 1.

1884.

N^o 58.

Freitag, den 8. August

Zum Programm des Herrn Niebour.

Die „Oldenburger Ztg.“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Nummer unter der Ueberschrift „Zum Programm des Herrn Niebour“ eine Zuschrift, in welcher nähere Aufklärung über verschiedene Punkte des von Herrn Niebour entwickelten Programms gefordert wird. Da Herr Niebour sich augenblicklich auf Reisen befindet, wird der Einsender jener Anfragen und dessen etwaige Freunde auf Herrn Niebour's eigene Antwort schon bis zu dessen Rückkehr warten müssen.

Indessen berühren ja verschiedene der angezogenen Punkte keine speciell Niebour'schen Forderungen, sondern solche, welche mehr oder weniger zum Programm der deutschfreisinnigen Partei gehören, und von diesem Gesichtspunkte aus können wir jene Fragen schon heute beantworten, ohne damit einer weiteren Darlegung seitens des Herrn Niebour vorzugreifen.

Wenn zunächst in jenem Artikel behauptet wird, Herr Niebour müsse, weil er das persönliche Regiment des Fürsten Bismarck für ein nationales Unglück, den Reichskanzler selbst für einen geborenen Feind der Fortschrittspartei und der jetzigen deutschfreisinnigen Partei hält, das „Fort mit Bismarck“ zu verwirklichen streben, so schießt diese Schlussfolgerung, abgesehen davon, daß bekanntlich jenes der ehemaligen Fortschrittspartei zum Vorwurfe gemachte Schlagwort von den Gegnern aus der Luft gegriffen ist, doch entschieden weit über das Ziel hinaus. Man kann sehr wohl die jeweiligen Ansichten eines Staatsmannes, auch die eines Fürsten Bismarck bekämpfen, ohne dessen Sturz herbeiführen zu wollen, was ja ohnehin eine Danaidenarbeit sein würde. Herr Niebour hat sich eben nicht als ein persönlicher Feind des Reichskanzlers, sondern als Gegner seines persönlichen Regiments hingestellt. Aufgabe der Volksvertretung ist es, den Willen des Volkes zum Ausdruck und nach Möglichkeit in Einklang mit dem Willen der Regierung resp. deren Vertreter zu bringen. Verfolgt die Regierung Pläne, die nach Ansicht der Volksvertretung oder eines Theiles derselben nicht zum Wohle der Gesamtheit dienen, so entsteht notwendig eine Opposition und diese Opposition wird um so hartnäckiger, je weniger sich die Regierung geneigt zeigt, den Willen des Volkes und seiner Vertreter zu beachten. Daß Fürst Bismarck nicht der Mann ist, welcher der Opposition irgendwelche Concessionen machen will, sondern der nur seinen eigenen Willen kennt und kein Mittel unbenutzt läßt, um diesen seinen persönlichen Willen gegen jede Opposition, gleichviel von welcher Seite diese kommt, durchzusetzen, ist bekannt genug und diesem persönlichen Regimente sich unter allen Umständen zu beugen, wäre um so mehr ein Zeichen von beschränktem Unterthanenverstand, als ja auch der Wille und die Pläne des Fürsten Bismarck nichts weniger als dauernde

sind. Spricht nicht der Culturkampf deutlich genug dafür, daß auch Fürst Bismarck in die Lage kommen kann, dasjenige niederzureißen, was er selbst errichtet hat, und muß man hieraus nicht schließen, daß er jetzt selbst das für verkehrt hält, was er früher für richtig und notwendig gehalten, mit allen Kräften angestrebt und auch z. Th. erreicht hat? Beweist dies nicht, daß auch Fürst Bismarck nicht unfehlbar ist und daß er heute etwas für ganz ausgezeichnet halten kann, was er selbst über kurz oder lang für verwerflich erklärt und bekämpft? Ein autokratisches Regiment eines Staatsmannes gegenüber der Volksvertretung macht die letztere illusorisch und deshalb ist es Aufgabe und Pflicht des Volksvertreters sich einem persönlichen Regiment zu widersetzen, sobald er der Ansicht ist, daß dasselbe Ziele verfolgt, welche nicht zum Wohle der Gesamtheit dienen. Sollte in diesem Falle keine Opposition erlaubt sein, dann wäre die Volksvertretung ein Spielzeug und daß sie nicht zu einem solchen herabgewürdigt wird, dafür hat sie selbst zu sorgen und zu wachen. Wohl kann man also ein persönliches Regiment für ein Unglück halten; aber dieses Unglück kann nicht etwa bloß durch ein Radicallmittel, die Beseitigung des persönlich Regierenden, aufgehoben oder gemildert werden, sondern auch durch Eingehen des leitenden Staatsmannes auf den Willen der Volksvertretung.

Was den zweiten Vorwurf betrifft, ob Herr Niebour großen deutschen Industriezweigen den Schutzoll versagen würde, wenn sie zu ihrer Erhaltung eines dauernden Schutzes notwendig bedürften und nur unter diesem Schutze blühen könnten, so müssen wir die Beantwortung dieser Frage natürlich Herr Niebour selbst überlassen. In erster Linie wird es sich hierbei eben darum handeln, daß der Beweis wirklich erbracht wird, daß dieser Schutz unbedingt erforderlich ist, und daß nicht etwa nur von den Interessenten ein unbegründeter Nothschrei ertönt, wie z. B. seitens der Großgrundbesitzer nach Erhöhung der Getreidezölle.

Die Präsenzzeit beim Heere anlangend, so ist doch der Zweck unseres Heerwesens nicht der, Hunderttausende von Männern eine bestimmte Zeit ihrem Berufe zu entziehen und unter den Waffen zu behalten, sondern lediglich der, die zur völligen Sicherheit des Landes erforderlichen Kräfte in hinreichender Weise militärisch auszubilden. Der Streit dreht sich hierbei bekanntlich nun darum, welche Zeit zu dieser genügenden Ausbildung erforderlich ist. Herr Niebour vertritt den Standpunkt, daß wenigstens bei der Infanterie eine zweijährige Dienstzeit genügt und diese Ansicht hat er sich nicht etwa selbst gebildet, sondern er stützt sich auf militärische Autoritäten. Wenn aber der verfolgte Zweck in zwei Jahren oder kürzerer Zeit erreicht werden kann — und daß dies der Fall ist, geht doch u. a. deutlich daraus hervor, daß

mancher junge Mann, der erst mit Ach und Krach die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erhält und dann während seiner activen Dienstzeit notorisch zu den schlechtesten Soldaten des Regiments zählt, bei seinem Abgange nach einjähriger Dienstzeit selbst ungeachtet vorhergegangener Bestrafung noch obendrein zum Unterofficier mit der Qualifikation zum Reserve-Lieutenant befördert wird — weshalb soll dann diese kürzere Dienstzeit nicht mit allen Kräften angestrebt werden als ein Mittel, dem Volke jährlich Millionen von Steuern zu ersparen? Nicht die Schwächung der Heereskraft wollen die Liberalen, sondern einzig und allein dahin geht ihr Streben, die volle Wehrkraft des Reiches zu erhalten unter möglicher Schonung der Steuerzahler!

Mit Uebergang der vierten Frage, die speciell an Herrn Niebour gerichtet ist, kommen wir dann zu dem letzten, vielbesprochenen Punkt, zu der Colonialpolitik und Dampfersubventionirung. Hätte der Einsender des fraglichen Artikels die „phantastischen Unternehmungen“ etwas mehr betont, so hätte er wohl kaum diese Frage an Herrn Niebour zu richten brauchen. Der Standpunkt der Liberalen zur Colonisationspolitik ist häufig genug an dieser Stelle erörtert worden, so daß wir eine wiederholte Darlegung vermeiden können. Man hätte es eben auf gegnerischer Seite gar zu gern gesehen, wenn sich die Deutschfreisinnigen strikte ablehnend zu dieser Frage verhalten hätten, und man kann es ihnen nicht verzeihen, daß sie durch ihre entgegenkommende Haltung den Gegnern des Liberalismus ein so schönes Agitationsmittel bei den Reichstagswahlen entzogen haben.

Gegenüber dem an unsere Adresse gerichteten Schlußsatz jenes Artikels haben wir nur zu bemerken, daß wir niemals gegen eine sachliche Erörterung und Besprechung des Niebour'schen Programms etwas eingewendet haben würden, daß wir uns aber im Interesse der Wahrheit für berechtigt und befugt halten mußten, allen wahrheitswidrigen Darstellungen und den an diese in durchaus unparlamentarischen Ausdrücken geknüpften Combinationen entgegenzutreten. Von diesem Standpunkt aus, den wir jederzeit wahren werden, wissen wir die in gemäßigtem Ton gehaltenen Anfragen wohl zu würdigen; auch wir halten dafür, daß den Wählern keinerlei Zweifel über das Programm eines Reichstagskandidaten bleiben dürfen, gleichviel welcher Partei er angehöre. Wäre ein solcher Ton wie der des gegenwärtigen Artikels der „Old. Ztg.“ von der gegnerischen Presse von Anfang an gewahrt worden, so wäre uns manche unliebsame Discussion in dieser Angelegenheit erspart geblieben.

Das Fräulein von Birkenweiler.

Roman von A. Lütetsburg.

58

(Fortsetzung.)

Nachdem er noch einmal sorgsam Umschau gehalten, ohne Weiteres zu bemerken, war er in die Klausur zurückgekehrt, um sich von dem alten Fräulein zu verabschieden. Er wollte zunächst ins Dorf gehen und dann —

„Gnädiges Fräulein, ich werde alsdann meinen Freund, den Untersuchungsrichter, davon in Kenntniß setzen. Ich denke, er wird bis Mittag zur Stelle sein und es wäre gewiß zu wünschen, wenn darauf Rücksicht genommen würde, daß Alles in der seitherigen Lage verbleibt, um den Thatbestand aufnehmen zu können.“

„Was soll das heißen?“ fragte das alte Fräulein und in ihren Mienen prägte sich große Bestürzung aus. „Sie werden doch nicht daran denken, das Gericht zu einer Einmischung in diese Verhältnisse zu veranlassen? Das darf nicht sein. Ich kenne die Verbrecherin, ich weiß, welche Motive sie geleitet.“

„Eine solche Verbrecherin ist gemeingefährlich und es wäre schändlich, sie ungestraft entkommen zu lassen.“

Die alte Dame schüttelte energisch mit dem Kopfe.

„Sie ist nicht gemeingefährlich und wird sich niemals an einer anderen Person vergreifen. Sorgen Sie nur, lieber Freund, daß die Angelegenheit mit Helene so rasch wie möglich ihre Erledigung findet, und sowohl sie wie ich werden vor den Nachstellungen unserer Feindin gesichert sein.“

„Nur wird die Erledigung nicht so rasch erfolgen können, und — vergessen Sie das nicht — ich will annehmen, es war die Freiherrin, welche diese Nacht das Verbrechen zu verüben versucht, Helene ist in ihrer Gewalt. Könnte sie nicht, was ihr hier mißlang, an ihr wiederholen und zwar, gewiß, mit größerem Erfolg?“

Einem Augenblick war das alte Fräulein erschrocken, doch lächelte sie gleich darauf wieder.

„Nimmermehr. Sie weiß zur Stunde vielleicht nicht einmal, welches Ende es hier genommen, und sollte sie es in Erfahrung bringen, so wird sie wenigstens warten, welchen Ausgang diese Angelegenheit nimmt. Es ist undenkbar, daß sie Helene in diesem Moment bei Seite zu schaffen versuchen wird. Denken Sie sich — sie stirbt! Welche Früchte könnte die Freiherrin ernten?“

Herr Bornheim mußte ihr Recht geben, aber dennoch machte er noch einmal den Versuch, die alte Dame zu belästigen, die Verbrecherin dem Gesetze zu überliefern. Vergebens. Sie verwies ihn auf den Clat, welchen ein solcher Proceß verursachen würde.

„Würden Sie irgend etwas Derartiges unternehmen, mein Freund, so würden Sie mich nicht allein zwingen, das Mißlingen des Planes schwer zu beklagen, sondern ich müßte auch zu der Lüge meine Zuflucht nehmen, daß es meine Absicht gewesen wäre, meinem Leben selbst ein Ende zu machen. Wollen Sie, daß auch noch diese Schmach mich belaste, dann gehen Sie zu ihrem Freund, dem Untersuchungsrichter und sehen ihn von dem Vorgefallenen in Kenntniß.“

Herr Bornheim hatte Mühe, die alte Dame zu beruhigen und es gelang ihm erst, nachdem er ihr die feste Versicherung gegeben, daß er nicht daran denke, ihren Wünschen entgegenzuhandeln, so schmerzlich es ihm auch sei, daß die Verbrecherin der verdienten Strafe entgehen solle.

Im Uebrigen sei es seine Absicht, sofort seine Nachforschungen zu beginnen und sie, wenn er irgend etwas in Erfahrung bringen sollte, davon zu benachrichtigen.

Zwölftes Capitel.

Helene's Feind und Freund.

Herr Bornheim hatte sich sogleich ins Dorf begeben, um den Mann der Frau Dietrich nach der

Klausur hinauf zu schicken, nachdem er ihm eingeschäft, auf seiner Hut zu sein, da ein Angriff auf das Leben und Eigenthum des alten Fräuleins stattgefunden habe. Er sagte ihm aber gleichzeitig, daß Niemand etwas davon erfahren dürfe und es sein Schaden nicht sein würde, wenn er das tiefste Stillschweigen beobachte.

Dann ging er zunächst ins Wirthshaus, um sich von der Wirthin ein Frühstück bereiten zu lassen und vor allen Dingen etwas von den Schloßbewohnern zu hören. Eine Flasche Wein, die hier wohl selten gefordert werden mochte, löste der Frau Wirthin alsbald die Zunge und sie gab auf alle an sie gerichteten Fragen so umfassende Antworten, daß Herr Bornheim in Kurzem von Allem unterrichtet war, was er wissen wollte, und sich ein ziemlich klares Bild von den Verhältnissen auf Schloß Birkenweiler machen konnte.

Auch über Helene erfuhr er Manches. Die Wirthin lobte das „Fräulein“ über alle Maßen. Es sei nur schlimm, daß sie so viel unter der Behandlungsweise der Freiherrin und des Fräulein Margot, das ein wahrer kleiner Satan sei, zu leiden habe, und daher freue sie sich für ihre Person, obgleich es sie weiter nichts angehe, daß die Dame vom Schlosse einmal wieder verreist sei — da habe das arme Ding doch wenigstens einmal Ruhe.

Herr Bornheim horchte hoch auf. „Die Freiherrin ist verreist?“ fragte er aber doch mit gleichgültiger Miene. „Wohin?“

„Ja — ich weiß nicht. Der Kutscher, der sie gestern fortgebracht hat, sagte, glaube ich, nach L. . . . Er trank hier sein Glas Bier — ich habe nicht weiter nachgefragt.“

„Also gestern ist sie abgereist und wann wird sie zurückkehren?“

„Ja, wer weiß das? Sie hat mehrere große Koffer

Politische Uebersicht.

Die „Kölnische Ztg.“ werweist den, der das agrarische Programm der jetzigen nationalliberalen Parteien kennen lernen will, auf die „eingehenden“ Auseinandersetzungen hin, welche Herr Landrath Knebel neulich bei der Proclamation der Candidatur des Herrn v. Cuny in Kreuznach gegeben. Nach den jüngsten Mittheilungen, welche die „Köln. Ztg.“ über die Rede selber gemacht, hat Herr Knebel folgendes Programm in landwirthschaftlichen Fragen aufgestellt: Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden, Einführung einer höheren Börsensteuer, welche aber nicht die wirklichen Waarengeschäfte, sondern nur die Transactionen an der Börse, durch die in leichtester Weise enorme Summen gewonnen würden, treffen solle und die Einführung einer Capitalrentensteuer, sobald sie einigermaßen die Anforderungen erfüllt, die man technisch an sie stellen müsse. Dagegen lehnt er ab die Aenderung des Erbsolgesetzes, die Einführung ähnlicher Bestimmungen, wie sie das amerikanische Heimstättengesetz enthält, und die Umwandlung aller Grundschulden in Renten; das letztere will er nur für den kleineren Landwirth durch Schaffung von Creditinstituten von Staatswegen erreichen. Merkwürdiger Weise bewegt sich das Programm mit Ausnahme eines einzigen Punktes nur auf dem Boden der preussischen Landgesetzgebung und über diesen einen Punkt spricht er sich sehr unklar aus. Herr Knebel verlangt ganz allgemein eine Börsensteuer, welche nur die Börse trifft; bisher hat aber noch Niemand eine solche Steuer erfinden können. Der Entwurf der Börsensteuer, welcher lezhin dem Reichstage vorgelegt ist, erkennt auch völlig die Unmöglichkeit an, das Börsengeschäft als solches zu treffen, und schafft in der That eine Steuer auf alle großen Geld- und Waarenhandelsgeschäfte. Es würde sehr erwünscht sein, wenn die Herren Nationalliberalen einmal jagten, ob sie mit diesem Entwurf einverstanden sind, oder wie sie sich eine Börsensteuer denken, welche nur die Börse trifft, die aber noch Niemand hat erfinden können. Ueber die Erhöhung der Getreidezölle schweigt sich Herr Knebel nach dem letzten Bericht der „Köln. Ztg.“ ganz aus, und das ist doch gerade dasjenige Mittel, welches zur Hebung der Landwirthschaft zur Discussion steht. Würde nicht Herr Knebel seine Ergänzung des Elberfelder Parteitages in dieser Richtung noch vervollständigen? Spruchreif ist dieser Punkt doch wohl lange.

Die „Lib. Corr.“ schreibt: Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat in den letzten Tagen wieder eine starke Kanonade gegen die preussische Grundsteuer eröffnet; gegen die Gebäudesteuer und Gewerbesteuer nicht. Die „Norddeutsche“ hat mit gespanntem Druck zugestanden, daß „dem armen Mann sein Brod sehr verteuert wird“; nach ihrer Meinung liegt aber diese Vertheuerung nicht in dem Getreidezoll an der Grenze, sondern in dem Getreidezoll, der in Gestalt der Grundsteuer im Innern des Landes erhoben wird. Dieser Artikel kann doch, wenn überhaupt einen Sinn, nur den haben, daß, um dem armen Mann das Brod nicht mehr so sehr zu verteuern, die Grundsteuer in Deutschland und vor Allem in Preußen aufgehoben werden müsse. Meint die „Nordd. Allg. Ztg.“ das? Sprache sie doch einmal klar und deutlich! Es würde gewiß für das ganze Land sehr interessant sein zu erfahren, ob die „Nordd. Allg. Ztg.“ und noch viel interessanter und wichtiger, ob das auch der Herr Reichskanzler und die preussische Regierung wollen. Bisher war das bekanntlich nicht der Fall. Sowohl der Reichskanzler, als auch sämtliche preussische Finanzminister haben sich gegen die Aufhebung der Grundsteuer erklärt. Fürst Bismarck sagte im preussischen Abgeordnetenhaus, die Aufhebung wäre schon

mitgenommen, so daß sie wohl nicht so schnell zurückkommen wird, obgleich die Köchin meinte, es würde wohl nicht lange dauern. Für den Winter wird's da oben recht lustig werden, es sollen viele Menschen eingeladen sein.“

Herr Bornheim hatte die letzten Worte kaum einer weiteren Beachtung gewürdigt.

„Das alte Schloß muß schön sein — ich möchte es einmal sehen, aber das wird wohl nicht gehen.“

„Warum denn nicht? Es sind schon viele Fremde nach Birkenweiler gekommen, um den Rittersaal und besonders die prächtige Capelle zu sehen. Es soll sehr schön sein, die ganzen Bogen stützen sich auf einen Pfeiler — mir ist's nicht so schön vorgekommen.“

„An wen muß man sich wenden?“

„An den Castellan oder sonst nur an den ersten Besten, der Ihnen den Weg kommt.“

Herr Bornheim trank sein vor ihm stehendes Glas bedächtig aus, wobei er den sauren Landwein, ein Erträgniß der vorigjährigen Ernte, mit wahrer Weltverachtung ohne ein Zeichen von Grimm hinunterschluckte und dann von Neuem einschenkte.

„Guter Wein, Herr — nicht wahr? Die anderen Bergbesitzer haben sammt und sonders nur Essig fabriciren können.“

Bei jeder anderen Gelegenheit würde Herr Bornheim vermuthlich nicht mit der Aeußerung zurückgehalten haben, daß es wünschenswerth gewesen wäre, wenn die Frau Wirthin sich von einer gleich edlen That nicht ausgeschlossen habe. Heute sagte er nur: „Wohl vorjähriger? Apropos,“ fuhr er dann fort, „die Freiherrin hat wohl ihre Dienerschaft mitgenommen?“

„So viel ich weiß, nicht einmal ihre Kammerfrau. Nun, darüber darf man sich nicht gerade wundern, mit der Dotta ist es ein eigenthümliches Verhältniß, man muß sich beinahe wundern, daß die Freiherrin ihr nicht längst den Laufpaß gegeben hat. Sie kann die Kammerfrau nicht leiden, weil dieselbe sich des Fräuleins Helchen oft angenommen hat.“

[Fortsetzung folgt.]

wegen der 30 Millionen Entschädigung, welche an einem Theil des Grundbesitzes bei der sog Grundsteuerausgleichung gezahlt ist, eine „neue Ungerechtigkeit“. Daß auch die Ueberweisung eines Theiles oder auch der ganzen Grundsteuer an die Kreise oder die Provinz dem Grundbesitz nicht helfen würde, davon hat man sich vor ein paar Jahren bei der Verathung des Verwendungsgesetzes überzeugt. Was will also die „Nordd. Allg. Ztg.“? Wir bitten um eine etwas genauere Auskunft! Auf der einen Seite Erhöhung der Getreidezölle und auf der andern Aufhebung der Grundsteuer? Ueber den letzteren Punkt würde sich erst volle Klarheit verbreiten, wenn man die gesetzgeberischen Absichten der „Nordd. Allgem. Ztg.“ und ihrer Hintermänner formulirt vor sich hat. Dann würde sich auch erst übersehen lassen, wer von einer solchen „Steuerreform“ den Vortheil hätte, ob die große Masse des kleineren und mittleren Grundbesitzes oder nur eine ganz kleine Zahl von Großgrundbesitzern. Die volle Wirkung einer solchen Reform würde sich auch erst dann erkennen lassen, wenn die „Nordd. Allgem. Ztg.“ angiebt, welchen Ertrag sie für die aufgehobene Grundsteuer schaffen will und auf welchen Schultern diese Last gelegt werden soll. In Steuerfragen sind wir durchaus nicht von theoretischen Vorurtheilen befangen; wir sind gern bereit über wirkliche Verbesserungen zu discutiren. Aber man muß uns doch erst zeigen, daß solche Reformen wirklich im Interesse der ärmeren und schwächeren Bevölkerungsklassen liegen. Geschichte dies, gehen wir mit. Bis uns diese Belehrung zu Theil geworden, können wir solche Artikel der „Nordd. Allg. Zeitung“ für nichts anderes ansehen, als für agitatorische Phrasen ohne irgend welchen verwerthbaren Inhalt und als ein Zeichen, wie unbequem den Vätern und Freunden der Getreidezölle die Erörterung über die Folgen dieser die ärmeren Klassen besonders belastenden Maßregel ist.

Die Behandlung der Angelegenheit des „städtischen Vereins“ zu Rostock durch die Mecklenburger Regierung wird mehrfach vom lokalen Rostocker Standpunkte aus beurtheilt. Für die Bewohner der Stadt Rostock muß es natürlich von größtem Interesse sein, ob sie für ihre mittelalterliche Verfassung mit den drei Bürgermeistern, 2 „Quartieren“ u. s. w., die schon einmal abgeschafft war und mit der Reaction wieder einzog, conserviren oder mit einer dem modernen staatlichen und communalen Leben entsprechenden umtauschen dürfen. Auch für alle Bürger Mecklenburg's ist es von Interesse, weil es die Nothwendigkeit einer ordentlichen Gemeindeverfassung demonstirt. Außerhalb Mecklenburg's tritt aber diese Frage weit zurück hinter der, daß der Fall zeigt, kein Recht zur Bildung weder politischer noch auch sonst irgend welcher Vereine zusteht, daß Alles, was augenblicklich von Vereinswesen im Lande existirt, nur geduldet ist und vollständig von der Gnade der augenblicklichen Inhaber der Ministerposten abhängt. Sowohl der Großherzog als die Mitglieder der Deputation scheinen das nach den vorliegenden Berichten als etwas für Mecklenburg Selbstverständliches betrachtet zu haben. Das Versammlungs- und Vereinsrecht regelt sich jetzt freilich nach der Landesgesetzgebung. Die gesetzliche Sicherung desselben ist aber zur vollen Ausübung der politischen Rechte ebenso nöthig, wie z. B. die Sicherung der Pressfreiheit. Der Fall mahnt die Liberalen — eigentlich hätten dabei alle Parteien dasselbe Interesse — wieder einmal, die Erstrebung verfassungsmäßiger Verhältnisse, wie sie einem modernen Staate entsprechen, für die mecklenburgischen Lande nicht aus dem Auge zu verlieren. Im Augenblick können die mecklenburgischen Minister um so mehr ihre subjectiven Ansichten zur willkürlichen Anwendung bringen, da der Großherzog leider während des größten Theils des Jahres fern von dem Lande weilen muß, wodurch auch die oberste Controle, wie sie im absoluten Staat durch das Auge des Monarchen zu erfolgen pflegt, hier nicht vollkommen zu functioniren vermag. — Der Großherzog wollte in diesen Tagen die Stadt Rostock besuchen; jetzt ist aber der Besuch aus unbekanntem Gründen vertagt.

Auf der Tagesordnung der Conferenz des preussischen Episcopats, welche vorgestern in Fulda zusammengetreten ist, stehen folgende Verhandlungsgegenstände: 1) Die vollständige Wiederbesetzung aller erledigten Seelsorgerstellen. 2) Die Gründung katholisch-theologischer Facultäten auf protestantischen Universitäten, resp. wenigstens einer solchen in Marburg, und damit die Vorbildungsfrage im Allgemeinen. 3) Die Vereinigung der Diöcesen Fulda und Limburg zu einem Erzbisthume. 4) Die Redaction eines gemeinschaftlichen Gesangbuches für die preussischen Diöcesen.

Zu den Ausweisungen russischer Unterthanen aus Berlin wird von anscheinend officiöser Seite folgende Erklärung gegeben: „In letzter Zeit waren aus dem Publikum heraus zahlreiche Klagen und Beschwerden bei den Behörden eingelaufen über Unsicherheit und Unredlichkeiten im Handel und Wandel, welche durch die hier lebenden bzw. durchziehenden Russen veranlaßt seien. In Folge dessen haben sich die Behörden veranlaßt, sich zum Schutze der Bürgerchaft gegen Schädigungen etwas näher um die Verhältnisse dieser russischen Unterthanen zu kümmern. Durch diese Recherchen kamen zahlreiche Fälle zur Cognition der Behörden, welche die Wahrheit oben gedachter Klagen auf das Grellste illustriren. Russen hatten sich hier eingemistet, Geschäfte eröffnet und Credite gesucht und erhalten, dabei aber diese Geschäfte nicht auf ihren eigenen Namen betrieben, sondern auf den Namen ihrer Frauen, welche den hiesigen Platz nie gesehen hatten, sondern ruhig in Rußland mit ihren Kindern weilten. Diese Geschäfte florirten lediglich durch die Täuschung der Lieferanten, welche keine Ahnung hatten, daß der Mann, mit denen sie Geschäfte abschlossen, gar nicht Inhaber der Firma sei. Selbstredend wurden solche betrügerischen Geschäftsmänner in erster Linie ausgewiesen. Dazu kamen zahlreiche Personen, von denen erwiesen, daß sie seit Jahr und Tag hier selbst vom Credite

lebten, den sie sich unter schwindelhaften Vorwänden zu verschaffen wußten, ohne jemals einen Groschen ihren Gläubigern zu bezahlen. Professionsmäßige Bettler, von denen stets ein reiches Contingent Berlin durchzog, zu allen Verbrechen wie Taschen- und Ladendiebstählen, Falschmünzerei, Betrug u. s. w. geneigt, verfallen ebenfalls der Ausweisung; in Berlin kann froh sein, daß dadurch zugleich die Höhlen verlichtet worden sind, in denen diese Bettler resp. Verbrecherbanden Unterkuft, Schutz und Rath fanden und die wahre Pestbül für unsere Stadt waren. In diesen Höhlen waren Existenz die als Fremdenführer die Listen wohlthätiger Bürger unserer Stadt zum Verkauf hielten, die „Fremden“ selbst dorthin führten und natürlich für ihren „Liebesdienst“ halben Theil am „Gewinn“ erhielten. — Diese „Fremdenführer“ hatten auch Atteste aller Arten in Fabrication, die ganz nach Bedarf von ihnen bezogen werden konnten.“ — Zu den Ausgewiesenen mögen auch eine Anzahl von Personen gehören, die in die hier aufgeführten Kategorien fallen. Do scheint diese Notiz, soweit ihr überhaupt Glaubwürdigkeit beizumessen ist, nur den Zweck zu haben, von den eigentlichen Motiven der Ausweisungen abzuleiten, und diese können, wie sich aus dem Charakter der betreffenden Persönlichkeiten ergibt, nur politische sein. Bemerkenswerth ist übrigens auch eine angeblich auf guter Information beruhende Mittheilung der deutschen „Petersb. Ztg.“, wonach in Petersburger Ausweisungsmäßigkeiten die Ansicht herrscht, daß die Berliner Ausweisungsmäßigkeiten auch Unterthanen anderer Staaten treffen werden; möglich sei sogar, daß die übrigen Staaten in gleicher Weise verfahren werden, um auf Grund der bestehenden Gesetze gemeinsam gegen unsichere Elemente vorzugehen.

Deutsches Reich.

Berlin, 7. Aug. Kaiser Wilhelm hat sich, wie aus Fschl telegraphirt wird, heute Nachmittag von der österreichischen Kaiserfamilie verabschiedet und um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr die Rückreise angetreten. Von der Station Großbeeren aus, wo der Extrazug morgen früh eintrifft, begiebt sich der Kaiser direct nach Schloß Babelsberg.

Die Gesellschaft für deutsche Colonisation hat sämtliche deutsche Vereine, welche colonialpolitische sowie überseeische handelspolitische Ziele verfolgen, aufgefordert, sich zu einem allgemeinen deutschen Colonisationsverbande zu vereinigen. Zur Verathung darüber wird eine Zusammenkunft der Vertreter aller Vereine hier in Berlin vorgeschlagen.

Die Lohnbewegung unter den hiesigen Arbeitern, die eine Zeit lang unterbrochen schien, ist wieder in vollem Gange. Am letzten Montag tagten nicht weniger als 16 Versammlungen, für Dienstag waren deren 7 projectirt.

Straßburg, 6. August. Regierungsrath Dr. Noller ist, wie die „Straßb. Post“ vernimmt, mit der Ausarbeitung einer für die Deffentlichkeit bestimmten Geschichte der kaiserlichen Tabakmanufaktur in den Jahren 1880 bis 1883 beschäftigt. Diese Geschichte würde sich besonders erschöpfend mit der Betriebserweiterung und der späteren Wiedereinschränkung, sowie mit den verschiedenen Organisationsveränderungen beschäftigen.

Ausland.

Wien, 7. August. Da der Kaiser von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht, soll der zum Tode verurtheilte anarchoistische Mörder Stellmacher morgen früh gehängt werden. Als dem Beurtheilten die vorstehende Nachricht mitgetheilt wurde, blieb er ruhig, verweigerte aber weitere Geständnisse. Von der Polizei sind große Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Paris, 7. Aug. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung verlas Gerville den von der Kommission erstatteten Bericht, wurde aber von der äußersten Linken wiederholt und in der heftigsten Weise unterbrochen, als er die Vorfrage erwähnte und auf die von beiden Kammern eingegangene Ehrenverpflichtung hindeutete, die Aufgabe des Kongresses zu beschränken. Clemenceau und Laguerre frugten, ob man Gendarmen zu Hilfe nehmen wolle, um sie mit Gewalt von der Tribüne zu entfernen. Nach Verlesung des Berichts wurde die Sitzung geschlossen. — In der heutigen Sitzung wurde ein Antrag auf Vertagung der Nationalversammlung bis zum 25. October abgelehnt und ein Antrag betreffend Aufhebung des die Vorfrage betreffenden Artikels der Geschäftscommission überwiesen. Hierauf begann die Generaldebatte der Revisionsvorlage.

Von gestern Vormittag bis heute Vormittag 10 Uhr sind in Toulon fünf, in Marseille sechs Personen an der Cholera gestorben.

Der französische Resident in Hué ist angewiesen worden, den neuen Kaiser von Anam nur dann anzuerkennen, wenn derselbe alle Bestimmungen des mit dem Gesandten Patenotre abgeschlossenen Vertrages acceptirt. Der „National“ schreibt, der chinesische Gesandte Li-Zong-Pao habe mit dem Ministerpräsidenten Ferry eine Besprechung gehabt, es beweiße dies, daß die Verhandlungen noch nicht vollständig abgebrochen seien.

London, 6. August. In Nottingham wurde am Sonntag Abend der Versuch gemacht, das dortige Postamt in die Luft zu sprengen. In einem Briefkasten wurden drei Pakete im Gewicht von je 12 Unzen, die Nitroglycerin enthielten, vorgefunden. Die Umhüllung bildeten Blätter der revolutionären Zeitung „Irishman“ und jedes Paket enthielt einen Zünder nebst Zündhütchen. Das Nitroglycerin sollte wahrscheinlich beim Hineinfallen in den Kasten oder beim Abstemeln der Pakete explodiren. Die Quantität reichte hin, um Eigenthumschaden oder Verlust an Menschenleben zu verursachen. Geheimpolizisten aus London untersuchen die Angelegenheit.

Bern, 6. Aug. Der internationale Schiedsgerichtskongress beschloß auf Antrag des dänischen Reichstagsmitgliedes Bajer, welcher im Namen von 30 dänischen Abgeordneten sprach, daß die Neutralisation der skandinavischen Königreiche eine Forderung des Weltfriedens sei. Ebenso wurde die Neutralisation Rumäniens und der Donau vom eisernen Thor bis zur Mündung gefordert. Ein französischer Antrag auf Beseitigung der Neutralisation des Golfes wurde auf Antrag der deutschen Mitglieder vertagt und ein Protest gegen die Besprechung oder Beschließung angemeldet. Die Neutralisation aller internationalen Wasserstraßen (Suez, Panama) wurde ebenfalls gefordert.

Der Internationale Schiedsgerichtskongress sandte an Bismarck und fünf andere Großmächtsminister den telegraphischen Wunsch nach Unterstützung seiner Bestrebungen bezüglich Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts und allgemeiner gleichzeitiger Abrüstung als Hauptmittel zur Erreichung des Weltfriedens.

Rom, 7. August. Von Mitternacht des 5. bis zu Mitternacht des 6. August ist in Panceri und Varignano je ein Choleraodesfall vorgekommen. Im Lazarethe zu Varignano ist ein Matrose gestorben. Nach Berichten des Präfecten ist der sonstige öffentliche Gesundheitszustand sehr befriedigend. — In der letzten Nacht wurden hier, in Frascati und Albano zwei Erdrerschütterungen wahrgenommen, doch ist dadurch nirgends Schaden angerichtet.

Brüssel, 7. August. Der „Moniteur“ veröffentlicht ein königl. Decret, welches für die aus dem Mittelmeer kommenden Schiffe Quarantänen und gesundheitliche Maßnahmen anordnet.

Die Repräsentantenkammer begann gestern die Berathung der Vorlage über die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zum päpstlichen Stuhle, welche von Frère Urban und Vara bekämpft wurde, während der Ministerpräsident Malou und Moreau für dieselbe eintraten. Die Berathung wurde schließlich auf heute vertagt. Als nach dem Schluß der Sitzung die Deputirten das Kammergebäude verließen, wurden die katholischen Deputirten von einer großen Volksmenge, die sich vor dem Gebäude angeammelt hatte, mit Pfeifen und lärmenden Zurufen empfangen, ein anderer Theil der Volksmenge empfing die liberalen Deputirten mit Pfeifen und Schreien. Die Polizei zerstreute die Menge und nahm mehrere Verhaftungen vor. Bei Beginn der heutigen Sitzung erklärt Minister Jacobs, er habe Angesichts der Erregung der letzten Tage Truppen requirirt; infolge der formellen Erklärung der Communalverwaltung, die Ordnung aufrecht erhalten zu wollen, habe er aber Gegenbefehl gegeben. Kolin und Lipsens (Linke) greifen das Cabinet heftig an. Vara bringt eine Tagesordnung ein, in welcher in der Erwägung, daß die Communalverwaltung bei den Vorgängen an den letzten Tagen ihre Schuldigkeit gethan, sowie in der Erwägung, daß das Ministerium sich durch Requiriren von Truppen eine Zurücksetzung der Bürgergarde habe zu Schulden kommen lassen, eine Mißbilligung des Verfahrens des Ministeriums ausgesprochen wird. Die Tagesordnung wurde mit 81 gegen 39 Stimmen abgelehnt. Die Berathung der Vorlage über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Vatican wurde auf morgen vertagt. An allen Zugängen zu dem Kammergebäude sind Polizeimannschaften aufgestellt, um etwaigen Manifestationen vorzubeugen.

Konstantinopel, 7. August. Provenienzen aus Italien, ausgenommen Sicilien und Sardinien, welche seit dem 27. Juli unterwegs sind, werden einer gleichen Quarantäne wie die französischen Mittelmeerprovenienzen, wenn dieselben vor dem 27. Juli abgegangen sind, einer fünfständigen Quarantäne unterworfen.

Aus dem Großherzogthum.

Oldenburg, 8. Aug. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin haben sich heute früh mittelst Sonderzuges zu längerem Aufenthalt nach Schloß Güttenstein begeben.

Der Telegraphenassistent Brackmann in Bechta ist zum Obertelegaphenassistenten ernannt worden.

In Worbeck und Timper (Landbezirk Bloh), Petersvehn, Bürgerfeld und Moorhausen (Landbezirk Oldenburg) sind vom 1. Aug. ab Posthilfsstellen in Wirksamkeit getreten.

Die „Oldenb. Anz.“ veröffentlicht den von uns bereits mitgetheilten kaiserlichen Erlaß betr. die durch eine im Kriege 1870/71 erlittene innere Dienstbeschädigung invalide gewordenen, aus dem activen Militärdienst ausgeschiedenen Unterofficiere und Mannschaften, denen ein Recht zur Geltendmachung eines Versorgungsanspruches nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zur Seite steht.

Am Mittwoch den 13. und Sonntag den 17. August d. J. werden folgende Extrapersonenzüge befördert:

Am Mittwoch den 13. August: Abfahrt von Oldenburg 3.30 Nachm., Ankunft in Rastede 3.45 Nachm., Abfahrt von Rastede 10. — Abends, Ankunft in Oldenburg 10.20 Abends.

Am Sonntag den 17. August: Abfahrt von Oldenburg 3.30 Nachm., Ankunft in Rastede 3.45 Nachm. Abfahrt von Barel 9.30 Abends, Abfahrt von Rastede 10. — Abends. Ankunft in Oldenburg 10.20 Abends.

Ferner wird am 17. August der Morgens 5.55 von Oldenburg abfahrende und 7.35 in Barel eintreffende Güterzug für die Beförderung von Personen bis Barel zugelassen. — In den gedachten Zügen, welche auf den Unterwegstationen nach Bedarf anhalten, haben die gewöhnlichen Fahrkarten, excl. L. Cl., sowie die ab Oldenburg auf Rastede und Barel lautenden Retourbillets zu ermäßigten Fahrpreisen Gültigkeit.

Als gestern Mittag die Infanterie, von einer Uebung

heimkehrend, mit Musik durch die Rosenstraße zog, scheute das Pferd eines dort fahrenden Pferdebahnwagens, infolge dessen der Reiter sich unglücklich vom Wagen fiel, daß ihm beide Hände überfahren und schwer verletzt wurden.

Wie dem „Gann. Cour.“ von hier gemeldet wird, hat der vor Kurzem hier verstorbene Director der Gewerbank, Herr Friedrich Pundt, dem Kirchenrathe als Verwalter des Lambertistiftes 15 000 Mk., dem Elisabeth-Kinder-Krankenhaus 2000 Mk. und dem Luther-Waisensonds für die Stadtgemeinde Oldenburg 5000 Mk. vermacht.

Aus Jeveland kommt die Nachricht von einem vorgefahren dort verübten Todschatze. Ein dortiger Gutsbesitzer, nach einer anderen Meldung, dessen Sohn, hat im Jähzorn einen Knecht mit einer Wagenrunge derartig auf den Kopf geschlagen, daß der Tod eingetreten ist. Nähere Nachrichten liegen zur Stunde noch nicht vor.

Der Oberbürgermeister Geh. Reg. Rath Breslau von Erfurt, als Chef der dortigen Polizeiverwaltung, erläßt in den Blättern eine Bekanntmachung, deren Zweckmäßigkeit auch für andere Orte einleuchtend ist. Der Erlaß lautet:

„Es wird darüber Klage geführt, daß einige Schankwirths beim Spülen der Biergläser nicht auf die erforderliche Reinlichkeit halten, vielmehr in ein und demselben Wasser eine sehr große Zahl von Gläsern spülen lassen, so daß zuletzt eine Verunreinigung der Gläser anstatt der Reinigung erzielt wird. Ein solches Verfahren ist ekel-erregend und deshalb dem Wohlsein der Beseitigten nicht förderlich. An die Wirths richte ich daher das Ersuchen, ebenso beim Spülen der Gläser wie in jeder Hinsicht auf die größte Reinlichkeit zu halten. Dem Publikum aber stelle ich anheim, Vernachlässigung dieser Pflicht von Seiten der Wirths der Polizei zur Anzeige zu bringen, und aus Wirthschaften, in denen solche Unreinlichkeiten bemerkt werden, lieber ganz fortzubleiben.“

Aus der Nachbarschaft.

Bremerhaven, 7. August. Gestern kam auf der im alten Vorhafen liegenden Dampferbarcasse „Anna“ ein Brand vor, der einen Schaden von etwa 1000 Mk. angerichtet hat. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt. Wie der die Wache habende Maschinist angiebt, hat er gestern Abend um 7 Uhr die Kesselfeuer gelöscht und sich dann an Land begeben, wo er sich auf eine an der Kaje stehende Bank setzte. Gegen halb 10 Uhr sah er, daß es auf dem Vorderdeck der „Anna“ hell brannte, er eilte sofort an Deck und fand, daß dort lagerndes Holz, Del und Twist in Flammen stand. Mit Hilfe einiger Kahnfahrer gelang es, das Feuer zu löschen, durch welches außerdem die Kesselfeuerung, Sicherheitsventil und Manometer zerstört worden sind. (W. B.)

Wilhelmshaven, 7. August. Der königlich Italienische Vice-Admiral Graf Lovera di Maria nebst Begleitung hat, nachdem derselbe am gestrigen Nachmittag das Panzerübungsgeschwader auf Schillig-Rhede in Augenschein genommen, heute Vormittag 9.20 Uhr Wilhelmshaven verlassen und sich nach Kiel weiter begeben. (W. T.)

XV. Deutscher Anthropologenkongress zu Breslau.

I.

Breslau, 4. August 1884.

Nachdem bereits am gestrigen Abend eine beträchtliche Anzahl von Kongreßtheilnehmern in den festlich geschmückten Räumen des Concerthauses sich zusammengefunden hatte, wurde die 15. Versammlung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft heute Morgen kurz nach 9 Uhr durch den Vorsitzenden Rudolf Virchow eröffnet. Während der letztjährige Kongress zu Trier — also in einer Gegend stattgefunden hatte, wo germanische und keltische Kultureinflüsse sich berühren, so wird der diesjährige auf einem Boden abgehalten, den das Germanenthum erst nach vielhundertjährigem Ringen, zum Theil durch Kampf, zum Theil durch friedliche Arbeit, den Slaven abgewonnen hat. An diese Thatsache anknüpfend, kam Virchow, nachdem er in seiner Eröffnungsrede zunächst die Bedeutung der anthropologischen Studien für unsere ganze heutige Kulturentwicklung einer Betrachtung unterzogen hatte, darauf zu sprechen, daß gerade den im östlichen Deutschland, sowie speziell in Schlesien, vorzunehmenden anthropologischen Untersuchungen insofern eine besondere Wichtigkeit zuzuerkennen sei, als aus denselben Resultate zu erhoffen wären, welche über die bis jetzt noch wenig aufgeklärte Vergangenheit des Slaventhums sowie über die Beziehungen zwischen Slaven und Germanen voraussichtlich Licht verbreiten würden. Auch sei die Anthropologie dadurch, daß sie die Beziehungen erkenne, in welchen diese Völker während vieler Jahrhunderte zu einander gestanden haben, wohl geeignet, die auf Nationalitätsunterschieden beruhenden politischen Gegensätze auszugleichen. Eingehend auf die gemeinschaftliche Abstammung der Germanen und Slaven, bemerkt Redner, daß im Gegensatz zu der durch Millenhoff begründeten Theorie von der asiatischen Herkunft der indogermanischen (arischen) Stämme neuerdings in vielen wissenschaftlichen Kreisen die Ansicht Platz gegriffen habe, daß Germanen, Slaven, Kelten und Graeko-Italiker nicht aus Asien eingewandert, sondern seit unvorstellbaren Zeiten in Europa ansässig gewesen seien. Eine Entscheidung in der einen oder anderen Richtung sei aber zur Zeit noch nicht möglich. Wenn es auch nicht gelinge, in jedem einzelnen Falle festzustellen, ob ein bestimmtes Fundstück — eine Waffe, ein Thongefäß oder Gerath — germanischen, slavischen oder keltischen Ursprunges sei, so lasse sich doch an gewissen Merkmalen erkennen, ob dasselbe von einem dieser Völker herrühre oder ob es von Süden oder Südosten her in die von diesen Völkern bewohnten Gegenden importirt worden sei. Man erkenne deutlich den Unterschied zwischen südlichen Mustern im Gegensatz zu germanischen, keltischen oder slavischen.

Was den soeben erwähnten Import anlage, so häuften sich in neuester Zeit die Thatsachen, welche auf einen uralten Handelsverkehr, resp. auf Handelsstraßen deuteten, die einst von den Küsten des Schwarzen und Kaspiischen Meeres in nordwestlicher Richtung nach Mittel- und Nordeuropa geführt haben. Auf solchen Import deutende Gegenstände seien im Herzen Deutschlands, an den Küsten der Ost- und Nordsee und sogar in Großbritannien aufgefunden worden. — Was speziell die Frage nach der Herkunft und Vergangenheit der Slaven anlangt, so lasse sich die slavische Kultur nicht sehr weit zurückverfolgen. Während man beispielsweise die römische Kultur und ihre Entwicklung durch mehr als ein Jahrtausend hindurch verfolgen könne, so trete die slavische Kultur um das sechste Jahrhundert der nachchristlichen Aera plötzlich und unvermittelt auf und sei es nicht möglich mit Sicherheit zu sagen, ob schon vor dieser Zeit in den betreffenden Gegenden Slaven ansässig gewesen seien, da in Folge der damals verbreiteten Sitte die Leichen zu verbrennen, keine körperlichen Ueberreste, welche aus der dem besagten Jahrhundert vorangehenden Epoche stammen, uns erhalten seien. Wie man die in den Rheingegenden, in einem Theile Belgiens und der Schweiz sich findenden Reihengräber, denen man die eine übereinstimmende Bildung aufweisenden in der Regel langköpfigen (dolichokephalen) Schädel für das Germanenthum in Anspruch nehme und dementsprechend als „merovingische Gräberfelder“ bezeichne, so bildeten die nordischen Burgwälle, resp. die in denselben gemachten Funde, den Hauptanhaltspunkt, um zu beurtheilen, ob eine bestimmte Begräbnisstätte von Slaven herrühre. Allein vom 6. Jahrhundert rückwärtsgehend sind wir, wie schon bemerkt, nicht mehr im Stande, eine Entscheidung zu treffen und festzustellen, ob die Urnen-Gräber, welche in den später von Slaven bewohnten Gegenden sich finden, ebenso wie die Burgwälle den Slaven zuzuschreiben sind. Neuerdings hat freilich der dänische Gelehrte Sophus Müller darauf aufmerksam gemacht, daß die im östlichen Deutschland und speziell in schlesischen prähistorischen Gräbern sich findenden Schläfenringe, welche aus verschiedenem Material (Blei, Kupfer, Bronze und Silber) gefertigt wurden und die, wenn sie aus Kupfer oder Bronze bestehen mittelst der auf ihnen sich ablagernden Patina an dem Kopfe der Leiche eine deutliche Spur hinterlassen, ein charakteristisches Merkmal slavischer Begräbnisse seien und läßt sich, wie Redner hervorhebt, nicht in Abrede stellen, daß diese Schläfenringe nur innerhalb einer ganz bestimmten Zone angetroffen werden und daß sie mit den oben erwähnten, vom schwarzen und kaspiischen Meere her importirten Gegenständen häufig zusammen angetroffen werden. Auch müsse man wohl annehmen, daß diese von Osten stammenden Einflüsse auf die slavische Kultur einen bedeutenden Einfluß ausgeübt haben. Ueber diese und verwandte Fragen seien aber — so schließt der Vortragende — von in Schlesien vorzunehmenden Ausgrabungen und Forschungen wichtige Resultate zu erwarten; dieselben würden voraussichtlich auch Licht verbreiten über die chronologischen Beziehungen zwischen Bronzezeit und Eisenzeit, betreffs deren seit dem Erscheinen von J. Andree's klassischem Werk: „Der Anfang der Eisenzeit in Nordeuropa“ Anschauungen Boden gewonnen hätten, welche von den früher verbreiteten Ansichten erheblich abweichen.

Nach der mit großem Beifalle aufgenommenen Eröffnungsrede Virchow's, die wir im Vorhergehenden nur in den allgemeinsten Umrißen wiedergegeben haben, und nachdem derselbe auch das Andenken des kürzlich verstorbenen hervorragenden Anthropologen Goepfert durch einige anerkennende Worte geehrt hatte, besteigt Oberpräsident von Seydewitz die Rednertribüne, um die Versammlung Namens der Provinz Schlesien zu begrüßen. Sodann heißen Oberbürgermeister Friedensburg und Sanitätsrath Grempler — ersterer Namens der Stadt Breslau, letzterer Namens der lokalen Geschäftsführung — die Anwesenden willkommen. Der zuletzt erwähnte Herr wirft zugleich einen Rückblick auf die Geschichte der Stadt Breslau, macht die wichtigsten der im Museum für schlesische Alterthümer enthaltenen prähistorischen Fundobjecte namhaft und bemerkt, daß zu Jordansmühle (unweit Breslau am Fuße des Zobten gelegen) neuerdings das Mineral Nephrit als anstehendes Gestein nachgewiesen sei — eine Entdeckung, die für die vorgeschichtliche Forschung insofern von größter Wichtigkeit ist, als durch die vielerörterte Frage nach der Herkunft des Materials für die in den Pfahlbauten und an anderen Fundstätten aufgefundenen Nephritbeile — (namhafte Forscher nehmen an, daß das Gestein, aus denen diese Waffen hergestellt wurden, aus Centralasien stammen und durch die einwandernden Arier resp. durch einen vorgeschichtlichen Handelsverkehr nach Europa gebracht worden sei) — ihrer Lösung näher gebracht wird.

An die im Vorhergehenden erwähnten Begrüßungen schließt sich der Bericht, in welchem der um die anthropologische Forschung hochverdiente Professor Johannes Ranke, Generalsekretär der Deutschen anthropologischen Gesellschaft, die auf dem besagten Wissensgebiete innerhalb der letzten 12 Monate gemachten Fortschritte in übersichtlicher Weise zusammenfaßt. In der ersten Linie verdienen hier einige Arbeiten namhaft gemacht zu werden, welche über die Verhältnisse, unter denen der paläolithische Mensch (Mensch der älteren Steinzeit) auf Erden lebte, wichtige Aufschlüsse liefern. Die in neuester Zeit gemachten Forschungen, insbesondere diejenigen des Geologen Penck (München) haben nämlich ergeben, daß für die Alpen drei verschiedene Vergletscherungsperioden, welche durch Zwischenperioden mit mildem Klima (Interglacialzeiten) von einander geschieden sind, angenommen werden müssen und daß von den am Fuße der Alpen sich findenden Gletscherschuttwällen (Moränen) die äußeren, in größter Entfernung vom Gebirge gelegenen stark erodirten der ersten Eiszeit, die inneren Schuttwälle der letzteren Vergletscherungsperiode, welche, was Ausdehnung anlangt, der ersten keineswegs gleichsam, entsprechen. Da nun nach den

von Hund angestellten Untersuchungen die Reste und die voh zugebauenen Steingeräthschaften des paläolithischen Menschen in Deutschland nur innerhalb jener schmalen Zone sich finden, die zwischen äußeren und inneren Moränenwällen gelegen ist, so läßt sich hieraus der Schluß ziehen, daß nach dem Aufhören der Eiszeit der Steinmensch von den durch Wegschmelzen der Gletscher frei gewordenen Gebieten nicht Besitz ergriff, daß er vielmehr wahrscheinlich durch eine neue Völkerwoge, welche ucolithische Kultur und wohlbearbeitete Steingeräthe mit sich bringend Europa überfluthete, weggeschwemmt oder vernichtet wurden. Bezüglich der Existenzbedingungen, unter denen der diluviale (während den Quartärzeit auf Erden wohnende) Mensch lebte, bietet auch die von D. Fraas neuerdings vorgenommene Erforschung der Bocksteinhöhle im Lonethal (Württemberg) insofern wichtige Aufschlüsse, als aus derselben hervorgeht, daß er als Zeitgenosse von Mammuth und Rhinoceros, theilweise auch zugleich mit einer arktischen Fauna (Rennthier, Polarfuchs, Mochsuschne u. s. w.) das heutige Württemberg bewohnte, daß er weder die Anfänge der Töpferei kannte noch im Besitze irgendwelcher gezähmter Thiere war, daß er aber andererseits schon eine gewisse geistige Beanlage besaß, da er ohne kluge Berechnung wohl schwerlich die gewaltigen Dickhäuter, von deren Fleisch er sich näherte, hätte in Fallen fangen oder sonst überraschen und tödten können.

Vermischtes.

— **Affaire Palzer.** Am letztes Neujahr vermehrte sich die galante internationale Gesellschaft von Nizza um eine Dame deutscher Herkunft, welche an der Promenade des Anglais eine reizende Villa miethete und sich da mit ihrer achtehnjährigen Tochter und einem zweijährigen Söhnchen sammt zahlreicher Dienerschaft häuslich niederließ. Sie erzählte ihren neuen Bekannten, sie habe mehrere Millionen von ihrem verstorbenen Gatten, einem Amerikaner, geerbt, und gab so viel Geld aus, daß man ihr glauben konnte. Bald darauf kam noch ein junger Mann, Namens Wilhelm Niebelmayer, den Frau Hildegard Palzer — so nannte sich die interessante Wittve — als den Bräutigam ihrer Tochter und Sohn eines reichen Fabrikbesizers in der Nähe von Wien vorstellte. Man lebte herrlich und in Freuden — da plötzlich verschwand Niebelmayer eines schönen Tages mit Fräulein Palzer und man vernahm, daß er sie nach Baiern entführt hätte, um sich da mit ihr zu vermählen. Die Mutter blieb allein mit dem zweijährigen Knaben zurück; sie war verstimmt und traurig, als wäre ihr das tiefste Leid widerfahren. Am Morgen des 7. April wurde der Polizeikommissär in der Eile nach der Villa an der Promenade des Anglais geholt. Frau Palzer hatte einen Selbstmordversuch durch Dessen der Andern gemacht. Sie war von ihren Kammerfrauen umringt und die Gefahr schon beschworen; allein die Geistesgegenwart, mit der sie im entscheidenden Augenblick selbst ihre Dienerschaft herbeigeklingelt hatte, erweckte den Verdacht der Polizei. Dieser wurde noch durch die Thatfache verstärkt, daß der kleine Knabe leblos in dem Bette lag und die Mutter behauptete, sie hätte ihn im Schlafe erdrückt, sich darum auch das Leben nehmen wollen. Die Polizei gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und stellte eine Untersuchung an, welche folgende Resultate ergab: Frau Palzer war mit einem Diener des Königs von Baiern verheiratet gewesen, und hatte sich so schlecht aufgeführt, daß ihr Mann sich von ihr trennen mußte, worauf sie ein abenteuerliches Leben begann, in Frankfurt, Hamburg, Wien wegen Schwindelacten eingesperrt wurde, um immer von Neuem zu beginnen. Einmal kehrte sie auch nach München zurück, um da ihre Nichte zu holen,

aus deren jugendlicher Frische sie Kapital zu schlagen gedachte. „Mutter und Tochter“ besuchten nun während mehrerer Saisons die fashionabelsten Badeorte Ober-Donner- reichs und Böhmens und gönnten sich den Luxus großer Damen auf Kosten von Gimpeln oder leichtgläubigen Lieferanten. Im Sommer 1883 machten sie die Bekanntschaft des jungen Niebelmayer, welcher sich sterblich in die schon ältere, aber verführerische Palzer verliebte, zu deren Künsten es gehörte, die Zärtlichkeit einer Mutter mit der Leidenschaft einer jugendlichen Liebhaberin zu verbinden. Sie war sein süßes Mamachen, dem er alle seine kleinen Sorgen enthüllte und unter anderen auch die, daß er in Wien eine jugendliche Arbeiterin verführt hatte und sie Vater eines Knäbleins geworden war. Frau Palzer wollte durchaus das Kind bei sich haben, um es standesgemäß zu erziehen, und Wilhelm Niebelmayer war naiv genug, es ihr anzuvertrauen. Sie hoffte, durch dieses Pfand den jungen Mann und dessen beträchtliches Vermögen für ewige Zeiten an sich zu fesseln, und zog indessen auf seinen Namen stattliche Summen bei unvorsichtigen Geschäftsleuten. Allmählich scheint der junge Mann aber die Verworfenheit der Palzer ergründet zu haben, vielleicht weil die Jugend der Nichte, als deren Bräutigam er galt, ihn endlich bestach — kurz, er entführte, wie oben gesagt, das Mädchen und ließ die Tante mit ihren Nachgedanken allein. Er hatte vergessen, auch sein Kind mit fortzunehmen und gegen dieses wandte sich nun die Verzweiflung der verlassenen Hochstaplerin. Da es ihr nicht mehr nützen sollte, schaffte sie es aus der Welt. — Die Blätter haben über die Verhandlungen vor den Geschworenen der See-Alpen nur wenig zu berichten und bedauern es, denn der Handel war gar zu pikant. Aber die Palzer spricht nur Deutsch und ihr einziger Liebhaber hat es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Hildegard Palzer wurde des vorläufigen Mordes schuldig erkannt und zu achtzehnjährigem Kerker verurtheilt.

— **Für Vergnügungsreisende nach der Schweiz.** Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin versendet an die Blätter folgende Zuschrift: „Dem Vernehmen haben viele deutsche Familien, welche nach der Schweiz zu reisen beabsichtigten, auf die in Aussicht genommene Reise in der unzureichenden Voraussetzung verzichtet, daß die Reisenden durch Räucherungen und andere lästige Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera belästigt werden. Um dieser irrtümlichen Ansicht entgegen zu treten, sind wir auf Grund officieller, aus Bern eingeholter Erkundigungen zu der Erklärung ermächtigt worden, daß an der Nordgrenze und an der Ostgrenze der Schweiz nirgends ein derartiges Verfahren zur Anwendung kommt und daß an der schweizerisch-französischen resp. an der schweizerisch-italienischen Grenze nur in den Grenzstationen Verrières, Vallorbes, Genf und Chiasso Räucherungen vorgenommen werden. Es haben somit die aus Deutschland, Belgien, Nordfrankreich, Oesterreich und den betreffenden Hinterländern kommenden Reisenden keinerlei Belästigungen zu gewärtigen, diejenigen dagegen, welche aus Italien und Südfrankreich kommen, werden den gedachten Maßregeln nur dann unterworfen, wenn sie die schweizer Grenze über eine der vier genannten Grenzstationen überschreiten.“

— **Ein siebzehnjähriges Bühnenjubiläum** feiert im Monat October Frau Luise Schmidt vom Stuttgarter Hoftheater. Mit 14 Jahren betrat sie das Hoftheater als Naive, spielte dann tragische Rollen, bis sie in das Mutterfach überging. Seit siebzehn Jahren ist die Künstlerin ununterbrochen an einer Stelle thätig. Zu ihrem Jubiläum wird die greise Künstlerin die „Bäbel“ in dem Birchpfeiffer'schen Schauspiel „Dorf und Stadt“, eine ihrer Glanzrollen, spielen. Schon seit Jahren tritt sie nur noch in

dieser Rolle auf, bildet aber dann auch heute noch den Anziehungspunkt für alle Stuttgarter.

Schiffsnachrichten.

Oldenburg, 7. August. Der Dampfer „Portugal“, Kapit. v. Reeken, hat gestern von Lissabon die Heimreise angetreten.
— Ang. von Romnebel: Westphal. — Abg. nach Brate: C. Plate, v. Meiners und S. Ehrhens. Nach Elsfleth: J. Tietje. Nach Berne: S. Schmidt.
Elsfleth, 6. August. Laut Telegramm ist die deutsche Carl „Musca“, Altmanns, von den Carolinen-Inseln, wohlbehalten in Lissabon f. D. angekommen.
Bremen, 7. August. (Telegramme des Norddeutschen Lloyd.) Der Postdampfer „Eider“, Kapit. S. Hellmers, hat gestern die sechste diesjährige Reise via Southampton nach Newyork angetreten.
— Der Postdampfer „Dermann“, Kapit. S. Baur, hat gestern die zweite diesjährige Reise direct nach Baltimore angetreten.
— Der Postdampfer „Saler“, Kapit. C. Wiegand, welcher am 19. Juli von Newyork abgegangen war, ist gestern 2 1/2 Uhr Nachmittags wohlbehalten in Southampton angekommen und hat nach Landung der für dort bestimmten Passagiere, Post und Ladung 4 Uhr Nachmittags die Reise nach hier fortgesetzt. Derselbe überbringt 185 Passagiere und volle Ladung.
Hamburg, 5. August. Ang. von Ellenferdamm: Emanuel, Hanschildt. Von Brate: Columbus, Steenten.
Kiel, 6. August. Ang. von Ellenferdammersiel: Frau Lina, Beckmann und Hoffnung, Pahl.

Oldenburgische Spar- und Leihbank.

Coursbericht		gekauft verkauft	
vom 8. August 1884.			
	0/0	0/0	
4 1/2% Deutsche Reichsanleihe (Stücke à 200 M im Verkauf 1/4% höher.)	103,10	103,65	
4 1/2% Oldenburger Confols (Stücke à 100 M im Verkauf 1/4% höher.)	102	103	
4 1/2% Stollhammer und Butjadinger Anleihe	100,25	101,25	
4 1/2% Jeverische Anleihe	100,25	—	
4 1/2% Barelter Anleihe	100,25	—	
4 1/2% Dammer Anleihe	100,25	101,25	
4 1/2% Wilschhäuser Anleihe (Stücke à M 100)	100,25	101,25	
4 1/2% Braier Stelachs-Anleihe	100,25	101,25	
4 1/2% Oldenburger Stadt-Anleihe	100,25	101,25	
4 1/2% Osterheiner Stadt-Anleihe	100,25	—	
4 1/2% Wiesbadener Stadt-Anleihe	100,55	101,55	
4 1/2% Landständische Central-Pfandbriefe	101,70	102,25	
3 1/2% Oldenburger Prämien-Anleihe per Stück in M.	149,50	150,50	
3 1/2% Gutin-Lübbeder Prior.-Obligationen	100,50	101,50	
3 1/2% Hamburger Staatsrente	93,20	93,75	
4 1/2% Preussische consolidirte Anleihe	103	103,55	
4 1/2% Preussische consolidirte Anleihe	102	—	
5 1/2% Italienische Rente (St. von 10000 fr. u. darüber)	95,60	96,15	
5 1/2% Italienische Rente (Stücke von 4000, 1000 und 500 fr.)	95,70	96,40	
4 1/2% Salzammergut-Prioritäten, garantirt.	92,30	92,85	
4 1/2% Schwedische Hypothekbank-Pfandbriefe von 78 (Stücke von 600 u. 300 M im Verkauf 1/4% höher.)	95,10	95,65	
4 1/2% Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekbank	99,50	100,50	
4 1/2% do. do. Braunschw.-Hannov. do.	100,80	—	
4 1/2% do. do. do. do.	98,30	98,85	
4 1/2% do. do. Preussische Boden-Credit-Actien-Bank	99,20	99,75	
5 1/2% Vorussia-Prioritäten	100,25	101,25	
4 1/2% Norddeusch. Lloyd-Prioritäten	98,45	99	
Oldenburger Spar- und Leih-Bank-Actien	156,50	—	
(Vollgez. Actie à 300 M 4 1/2% Zins vom 1. Jan. 1884.)	—	—	
Oldenburger Eisenbütten-Actien (Augusthehn)	—	88	
4 1/2% Zins vom 1. Juli 1884.)	—	—	
Oldenb.-Portug. Dampfsch.-Rhed.-Actien	—	118,50	
(4 1/2% Zins vom 1. Janr. 1884.)	—	—	
Oldenburger Versicherungs-Gesellschafts-Actien per Stück ohne Zinsen in M.	—	—	
Wechsel auf Amsterdam kurz für fl. 100 in M.	168,10	168,90	
„ „ London kurz für 1 Str.	20,36	20,46	
„ „ New-York kurz für 1 Doll.	4,18	4,235	
Holländ. Banknoten für 10 Gldn.	16,80	—	

Bekanntmachung.

In Hinblick auf die am 3. Septbr. d. J. hieselbst stattfindende, mit einem Viehmarkt zusammenfallende Thierchau ist das Vieh, welches an diesem Tage zu Markt gebracht werden wird, auf den östlichen, an der Donnerschweerstraße belegenden Theil des Pferdemarkt-places aufzutreiben.

Oldenburg, den 2. August 1884.

Stadtmagistrat.

v. Schrend.

Zetten Rahmkäse

1/2 kg 50, 80, 100 S empfindlich

W. Stolle.

Prima neue Heringe

à 10 S, bei Quantitäten billiger.

W. Stolle.

Thüringer Salzgurken

neue 1884ger empf.

W. Stolle.

Im Ausverkauf:

Electra (Waschpulver) 1/2 kg 18 S, Patentbleichseife 1/2 kg statt 45 nur 30 S, Sinclair's Kaltwasserseife 1/2 kg statt 45 nur 40 S, Brillantglanzstärke 1/2 kg statt 50 nur 40 S, Oswego-Silberglanzstärke Packet statt 25 nur 15 S zc.

Ein Verzeichniß der theilweise bedeutend ermäßigten Artikel liegt zur gefälligen Abforderung bereit.

W. Kallertede.

Im Verlage von **S. Liebau** in Berlin erscheint in ca. 15 Lieferungen à 25 Pf. und ist durch **S. Hinken** in Oldenburg zu beziehen:

Praktischer Unterricht

in der

einfachen und doppelten Buchführung

für Handel und Gewerbe

nach einer leicht faßlichen Methode unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches nebst einer ausführlichen Darstellung des Wechselrechtes und einem ausführlichen **Geschäftsbriefteller** zum Selbsterlernen der Buchführung und Handgebrauch für Kaufleute und Gewerbetreibende bearbeitet von **G. S. Wilhelmi.**

Preis pro Lieferung 25 Pf.

Lieferung 1 sendet auf Wunsch jede Buchhandlung zur Ansicht.

Inhalts-Verzeichniß:

Einleitung.

Erster Theil. **Die einfache Buchführung.** Regeln und Bücher der einfachen Buchführung. Einfache kaufmännische Buchführung. Einfache gewerbliche Buchführung. Inventur und Abschluß zc.

Zweiter Theil. **Die doppelte Buchführung.** Regeln und Bücher der doppelten Buchführung. Doppelte Buchführung in Waarengeschäften. Doppelte gewerbliche (Fabrik-) Buchführung, Inventur und Abschluß nach der doppelten Buchführung. Geheimbücher.

Dritter Theil. Das Wechselrecht.

Vierter Theil. **Ausführlicher Geschäftsbriefteller.** Formulare zu allen Arten geschäftlicher Briefe und Schriftsätze wie Wiße, Anfragen, Empfehlungsbriefe, Mahnbriefe, Briefe in Fallissements-Angelegenheiten, Briefe, Akkordanerbieten, Geschäftsaufösungen zc. betreffend. Brieflicher Verkehr mit Rechtsanwälten, Bankiers zc. Ferner Formulare zu Rechnungen, Quittungen, Schuldscheinen, Bürgschaftsscheinen, Leih-, Tausch- und anderen Contracten und Verträgen, Zeug-

St. Sievers,

Langestraße 12, Ecke der Elisenstraße, empfiehlt:

Salon zum Haarschneiden und Frisiren. Damen-Salon separat. Anfertigung aller Haarbeit. Flechten, Locken, Scheitel, Knoten, Stirn-Touffons, Perrücken, Loupes. Armbänder, Ketten u. s. w.

Büttner & Winter,

Annoucen-Annahme

für die

Oldenburger Landeszeitung

(bis 9 Uhr Morgens)

1. Mottenstraße 1.

Ankunft und Abfahrt der Züge auf Station Oldenburg.

Ankunft:

Von Wilhelmshaven und Jever: 7,55 — 11,30 — 2,00 — 8,15.
„ Bremen: 8,15 — 12,37 — 2,15 — 6,00 — 9,00.
„ Nordenhamm: 8,15 — 2,15 — 9,00.
„ Leer: 8,00 — 11,40 — 1,55 — 8,20.
„ Quakenbrück: 8,05 — 2,05 — 8,25.

Abfahrt:

Nach Wilhelmshaven: 8,35 — 2,40 — 6,20 — 9,10.
„ Jever: 8,35 — 2,40 — 9,10.
„ Bremen: 6,33 — 8,15 — 11,45 — 2,15 — 8,35.
„ Nordenhamm: 8,15 — 2,15 — 8,35.
„ Leer: 8,30 — 2,35 — 6,10 — 9,15.
„ Nach Quakenbrück: 8,36 — 2,25 — 6,11.

Familien-Nachrichten.

Gestorben: Sattlermeister G. Eulenberg, Elsfleth.